



Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen  
für Maßnahmen zur Verbesserung  
des kommunalen Hochwasserschutzes  
im Land Sachsen-Anhalt

Posteingangs-  
stempel

Antrag auf Gewährung einer Zuwendung

Zutreffendes bitte  ankreuzen oder ausfüllen!

Empfänger (zuständige Behörde)

Landesverwaltungsamt  
Referat 404 „Wasser“  
Dessauer Straße 70  
06118 Halle (Saale)

### 1. Antragsteller

Name		
Anschrift Ansprech- partner	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl	Ort
	Ansprechpartner	
	Telefon	Fax
	E-Mail-Adresse	
Bankver- bindung	Kreditinstitut	
	Kontoinhaber	
	IBAN	BIC

### 2. Gegenstand des Vorhabens

Der Antragsteller beantragt eine Zuwendung für folgendes Vorhaben:

*(Grundsätzlich besteht die Möglichkeit, Zuwendungen für Konzepte und Planungen **oder** Baumaßnahmen **oder** Beschaffungen zu beantragen. Mehrfachnennungen sind möglich.)*

#### 2.1 Bezeichnung des Vorhabens

--

Euro

Hiermit wird die Gewährung einer Zuwendung in Höhe von  zu den Ausgaben des geschilderten Vorhabens nach der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung des kommunalen Hochwasserschutzes im Land Sachsen-Anhalt (Erlass des MLU vom 28.10.2015 - 21.11-62374) beantragt.

#### 2.2 Durchführungszeitraum

--

Hinweis: Aufgrund eines geordneten Abschlusses der Förderperiode kann der Bewilligungszeitraum nicht über den **30.06.2022** hinaus bewilligt werden. Die Rechnungslegung muss bis zu diesem Tag erfolgt sein.

**2.3 Beschaffung (Ziff. 2.1 der Zuwendungsrichtlinie)**

- a) Beschaffung von ortsgebundenen/ortsungebundenen Hochwasserschutzsystemen einschließlich erforderlicher Planungsleistungen
- b) Beschaffung von Ausrüstungsgegenständen zur Grundausstattung von Wasserwehren (abhängig von vorhandenen Deich- und Gewässerlängen, von denen Hochwassergefahren ausgehen)

**2.4 Konzepte und Planungen (Ziff. 2.2 der Zuwendungsrichtlinie)**

- a) Erstellung von Hochwasserschutzkonzepten
- b) Planungsleistungen

**2.5 Baumaßnahmen (Ziff. 2.3 der Zuwendungsrichtlinie)**

- a) Errichtung kommunaler Anlagen des technischen Hochwasserschutzes
- b) Baumaßnahmen an kommunalen Anlagen des technischen Hochwasserschutzes einschließlich des hochwassergerechten Umbaus sonstiger wasserwirtschaftlicher Anlagen
- c) Maßnahmen zur Verbesserung des natürlichen Wasserrückhaltevermögens in festgesetzten Überschwemmungsgebieten nach § 99 Abs. 1 WG LSA und zum flächendeckenden Wasserrückhalt in den Einzugsgebieten der Gewässer II. Ordnung

**3. Angaben zum Vorhaben**

**3.1 Teilnahme am eCohesion-Portal**  ja  nein

**3.2 Beschreibung des Vorhabens** (Beschreibung als *Anlage 1* beifügen)

**3.3 Begründung des Vorhabens und der zu erwartenden Wirkung**  
(Begründung als *Anlage 2* beifügen)

**3.4 Erforderliche vorhabenbezogene behördliche Genehmigungen, Erlaubnisse etc.**

Gegenstand	zuständige Behörde	Genehmigung, Erlaubnis, etc.		
		erteilt	beantragt	noch nicht geklärt
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

### 3.5 Klärung der Eigentumsverhältnisse und Verfügungsrechte für die zur Durchführung des Vorhabens erforderlichen Grundstücke

(Auszüge aus Liegenschaftskataster für Anträge gem. Ziffer 2.3 der Zuwendungsrichtlinie als *Anlage 3* beifügen)

Gemarkung	Flurstück	Eigentum Antragsteller		Wenn Antragsteller nicht Eigentümer ist			
				Eigentumserwerb geplant		Verfügungsrecht erforderlich	
				Zustimmung Eigentümer		Zustimmung Eigentümer	
Ja	Nein	liegt vor	liegt nicht vor	liegt vor	liegt nicht vor		
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

### 4. Ausgabenplanung

(begründende Unterlagen z. B. Kostenschätzungen, Kostenberechnungen, Angebote etc. als *Anlage 4* beifügen)

Ausgabengruppe	geplante Ausgabe
Planungsleistungen	in Euro
Bauliche Investitionen	in Euro
Baunebenkosten	in Euro
Grunderwerb	in Euro
Beschaffung	in Euro
	Gesamt in Euro

### 5. Finanzplan des Vorhabens und Eigenmittelnachweis

#### 5.1 Finanzplanung insgesamt

geplante Gesamtausgaben	in Euro
davon <i>Eigenmittel</i>	in Euro
<i>Mittel Dritter</i>	in Euro
<i>beantragte Zuwendung</i>	in Euro

## 5.2 Finanzplanung nach Jahresscheiben

	Gesamtausgaben	davon <i>Eigenmittel</i>	<i>Mittel Dritter</i>	<i>beantragte Zuwendungen</i>
2020	in Euro	in Euro	in Euro	in Euro
2021	in Euro	in Euro	in Euro	in Euro
2022	in Euro	in Euro	in Euro	in Euro

## 5.3 Nachweis der Eigenmittel

- Die Eigenmittel sind im Haushalt und - soweit erforderlich - in der mittelfristigen Finanzplanung eingestellt.  
(Geeignete Nachweise als *Anlage 5* beifügen)
- Der Haushalt wurde kommunalaufsichtlich genehmigt.  
(Auszug aus Genehmigungsunterlagen als *Anlage 6* beifügen)

## 6. Betriebskosten

### 6.1 Höhe der zu erwartenden Betriebskosten

Die Maßnahme wird

- keine laufenden Betriebskosten nach sich ziehen.
- voraussichtliche Betriebskosten in Höhe von  erfordern.  
(Betriebskostenermittlung als *Anlage 7* beifügen)

### 6.2 Nachweis der Betriebskostenfinanzierung

Der Antragsteller ist in der Lage, die unter 6.1 genannten Betriebskosten dauerhaft finanzieren zu können.

Die dauerhafte Finanzierung der unter 6.1 genannten Betriebskosten soll erfolgen

- aus Mitteln des Haushaltes
- aus Gebühren und Beiträgen
- aus sonstigen Quellen

(Geeignete Nachweise als *Anlage 8* beifügen)

## 7. Nettoeinnahmeschaffende Vorhaben

Durch das Vorhaben werden Nettoeinnahmen nach Art. 61, Art. 65 Verordnung (EU) Nr. 1303/2013<sup>1</sup> (ABL. L 347/320) erwirtschaftet

*(Nettoeinnahmen bedeuten Zuflüsse von Geldbeträgen, die unmittelbar von den Nutzern für die im Rahmen des Vorhabens bereitgestellten Waren und Dienstleistungen gezahlt werden, wie beispielsweise Gebühren, die unmittelbar von den Nutzern für die Benutzung der Infrastruktur, den Verkauf oder die Verpachtung/Vermietung von Grundstücken oder von Gebäuden entrichtet werden, oder Zahlungen für Dienstleistungen, abzüglich der im entsprechenden Zeitraum angefallenen Betriebskosten und Wiederbeschaffungskosten für kurzlebige Anlagegüter. Im Rahmen des Vorhabens erwirtschaftete Einsparungen bei den Betriebskosten werden als Nettoeinnahmen behandelt, es sei denn, sie werden durch eine entsprechende Kürzung der Betriebsbeihilfen ausgeglichen).*

- ja  während der Vorhabensdurchführung i. H. v.
- nach Vorhabensdurchführung i. H. v.
- nein

<sup>1</sup>in der jeweils geltenden Fassung

## 8. Erklärungen des Antragstellers

Der Antragsteller erklärt, dass

- mit der Maßnahme noch nicht begonnen worden ist.
- keine andere Zuwendung für das Vorhaben beantragt und/oder bewilligt worden ist.
- es sich bei dem beantragten Vorhaben um keine Ersatzinvestition handelt.
- er in eigener Verantwortung alle für das Vorhaben erforderlichen Genehmigungen, Erlaubnisse, Zustimmungen, Ausnahmen, Befreiungen u. ä. einholen wird.
- die gemäß Zuwendungsrichtlinie erforderliche Stellungnahme der Unteren Wasserbehörde als *Anlage 9* beigefügt ist.
- die gemäß Zuwendungsrichtlinie erforderliche rechtsaufsichtliche Stellungnahme als *Anlage 10* beigefügt ist.
- die beigefügten Anlagen verbindlicher Bestandteil dieses Antrages sind, und die hier geleistete Unterschrift auch den Inhalt der Anlagen umfasst.
- er nicht vorsteuerabzugsberechtigt nach § 15 UStG ist.

Die Richtlinie wird anerkannt. Die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben bestätigt.

Mir/uns ist bekannt, dass die im Antragsvordruck geforderten Angaben zur Bearbeitung des Förderantrages notwendig sind (Artikel 6 der Verordnung (EU) Nr. 2016/679 Datenschutz-Grundverordnung, § 4 Abs. 2 des Gesetzes zum Schutz personenbezogener Daten der Bürger im Land Sachsen-Anhalt).

Außerdem ist mir/uns bekannt, dass die im Antrag (einschließlich Anlagen) gemachten Angaben zur Abwicklung der Förderung vom Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt, Referat 404 – Wasser, Dessauer Str. 70, 06118 Halle Saale verarbeitet sowie an die mit der Durchführung und Kontrolle der Förderung befassten Institutionen des Landes, des Bundes und der EU übermittelt und von diesen verarbeitet werden können. Die Datenschutzhinweise nach Artikel 13, 14 und 21 Datenschutz-Grundverordnung zum Umgang mit meinen Daten sowie die Information über die mir zustehenden Rechte habe/haben ich/wir zur Kenntnis genommen.


Außerdem ist mir / uns bekannt, dass keine Verpflichtung aufgrund einer Rechtsvorschrift besteht, die im Antragsvordruck geforderten Angaben zu machen (§ 4 Abs. 2 des Gesetzes zum Schutz personenbezogener Daten der Bürger im Land Sachsen-Anhalt), die Angaben jedoch für die Antragsbearbeitung erforderlich sind. Weiterhin ist mir / uns bekannt, dass ich / wir diese Einwilligung verweigern und mit Wirkung für die Zukunft widerrufen kann / können, die Bearbeitung dieses Förderantrages dann allerdings nicht mehr möglich ist.

Darüber hinaus ist mir/uns bekannt, dass mein / unser Vorhaben mit vorhabenrelevanten Daten gemäß Nr. 1 des Anhangs XII der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 vom Land Sachsen-Anhalt veröffentlicht wird.

Des Weiteren ist mir/uns bekannt, dass die beantragten Zuwendungen Subventionen im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches (StGB) sind, auf die gemäß § 1 des Subventionengesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (SubvG-LSA vom 09.10.1992, GVBl. S. 724) die §§ 2 bis 6 des Gesetzes gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen (Subventionengesetz-SubvG vom 29.07.1976 (BGBl. I S. 2037)), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25.09.1990 (BGBl. I S. 2106) Anwendung finden.

Nach § 3 SubvG bin ich /sind wir verpflichtet, dem Zuwendungsgeber unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Subvention oder des Subventionsvorteils entgegenstehen oder für die Rückforderung der Subvention oder des Subventionsvorteils erheblich sind.

Tatsachen i. S. d. § 3 SubvG sowie subventionserhebliche Tatsachen i. S. d. § 264 StGB sind solche, die den Verwendungszweck, den Bewilligungszeitraum, den Investitions- und Finanzierungsplan, den Mittelabruf und die Auszahlung der Mittel, den Sachbericht und sämtliche im Vertrag aufgeführte Pflichten, insbesondere auch ANBest-Gk Nr. 3: Vergabe von Aufträgen und ANBest-Gk Nr. 5: Mitteilungspflichten, betreffen.

Ort, Datum
Rechtsverbindliche Unterschrift des Antragstellers/ Vertretungsberechtigten des Antragstellers


## Pflichtanlagen

Lfd. Nr.	Ziffer im Antrag	Inhalt
1	3.2	Beschreibung des Vorhabens
2	3.3	Begründung des Vorhabens und der zu erwartenden Wirkung
3	3.5	Auszüge aus Liegenschaftskataster für Anträge gemäß Ziffer 2.3 der Zuwendungsrichtlinie
4	4	begründende Unterlagen wie z.B. Kostenschätzungen, Kostenberechnungen oder Angebote
5	5.3	Nachweise zum Haushaltsplan und zur mittelfristigen Finanzplanung (Eigenmittelnachweis)
6	5.3	Auszug aus den Genehmigungsunterlagen (Eigenmittelnachweis)
7	6.1	Betriebskostenermittlung
8	6.2	Nachweis der Betriebskostenfinanzierung
9	8	Stellungnahme der Unteren Wasserbehörde
10	8	rechtsaufsichtliche Stellungnahme gemäß Ziffer 6.2.2 der Zuwendungsrichtlinie
11		Unterschriftenkarte Diese soll die Unterschrift der unterschreibungsberechtigten Personen für die Formulare innerhalb des Antragsverfahrens (bspw. Antrag, Mittelabforderung, Änderungsanträge etc.) enthalten.